agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

ASIEN/PAKISTAN - Debatte zu Friedensverhandlungen mit Taliban: Friedensmarsch gegen Extremismus

Faisalabad (Fides) – Pakistan muss sich der Gefahr der Präsenz der Taliban im Land bewusst werden und angemessene Strategien entwickeln, die einen dauerhaften Frieden garantieren. Der Dialog sollte dabei von einer unmissverständlichen operativen Agenda der Sicherheitskräfte zur Beendigung der Gewalt begleitet werden: dies fordern die Teilnehmer des "Friedensmarsches" in Faisalabad, der in den vergangenen Tagen im Rahmen der Kampagne „Weiße Fahne" veranstaltet wurde, der sich zahlreiche Vereine und Bürgerinitiativen in Pakistan anschließen. Die Demonstranten beklagten die „Untätigkeit des Staates und seiner Institutionen", denen es nicht gelingt die Sicherheit der Bürger zu garantieren. Der Kampagne gehören unter anderem "Peace and Human Development" (PHD), "National Minorities Alliance of Pakistan" und die Frauenbewegung "Association of Women for Awareness & Motivation" (Awam) an. Im Rahmen der Kampagne „Weiße Fahne" sollen Bürger und Institutionen weiße Flaggen auf Wohnungen und Büroräumen im Zeichen des friedlichen Protests gegen Extremismus hissen.
Suneel Malik, Leiter des PHD, beklagt: "Der Dialog zwischen Regierung und Taliban war bisher konfus und ergebnislos". Der Aktivist Robin Daniel erklärt: "Der Staat scheint die Taliban durch die Beteiligung an direkten Gesprächen als legitime Organisation anerkannt zu haben, doch die Milizionäre wollen Pakistan in die Steinzeit zurückversetzen und das Gesetz des Terrors im Land verbreiten".
Nazia Sardar von der Frauenbewegung "Awam" sagt: "Die Bürger wollen nicht länger von den Friedensgesprächen reden hören: sieben verschieden Vereinbarungen mit radikalislamischen Gruppen haben bisher keine konkreten Ergebnisse gebracht".
Nach Ansicht von Shazia George "sollten die Taliban, damit sie zu Gesprächen zugelassen werden die Waffen niederlegen und sich zur Verfassung Pakistans bekennen und die Rechte der Frauen und der religiösen Minderheiten anerkennen". Der Aktivist Ashar Iqbal fügt hinzu: "Der Dialog mit radikalislamischen Gruppen sollte innerhalb der Parameter der Verfassung stattfinden. Friedensgespräche können nicht zeitgleich mit Terroranschlägen stattfinden. Gewalt darf nicht straffrei bleiben. "Der wahre Kampf ist der gegen die gewaltbereite Mentalität in der Gesellschaft, indem Chancen für die Menschen geschaffen werden" so Iftikhar Ahmed. (PA) (Agenzia Fides 21/2/2014)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it